

Referat zur Arbeit der DKP Saarland auf der Bezirksmitgliederversammlung am 26.03.22

Liebe Genossinnen und Genossen,

Im Dezember 2019 haben wir auf unserer letzten Bezirksmitgliederversammlung im Antrag zur Industriepolitik im Saarland formuliert: "Die Zeche für den nun notwendigen schnellen Umbau dürfen nicht die Beschäftigten zahlen. Die Kosten müssen von denen getragen werden, die über Jahre an der umweltschädlichen Produktion verdient haben, die privaten Konzerne, die Millionäre und Superreichen. (...) Das kapitalistische Dogma und Kern des Neoliberalismus „Letztlich entscheidet der Markt“ hat in die Krise geführt und verschärft und beschleunigt sie. Wer die De-Industrialisierung wirklich verhindern, den Kern Stahlindustrie erhalten und weiter entwickeln will, muss sich von diesen neoliberalen Denk- und Handlungsweisen verabschieden. Sonst gibt es keine Lösung. Es wird sich zeigen, ob diese Landesregierung aus CDU und SPD dazu fähig ist. Sie steht jetzt auf dem Prüfstand."

Für uns war nach der letzten BMV als Bezirksvorstand klar, dass das Thema Umbau eine zentrale Rolle für uns sein muss und wird, da es dabei um die Zukunft unseres Bundeslandes geht. Fred hat in seinem Beitrag dazu bereits Stellung bezogen.

Wir haben in den vergangenen 2 Jahren hierzu verschiedene weitere inhaltliche Beiträge entwickelt, wie z.B. eine Entschließung mit dem Titel „Für den sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft – Vorschläge und Forderungen der DKP Saarland“ bis hin zu unserer Kampagne „Umbau für die Saarländer*innen – nicht für den Profit! Energiepreise senken!“.

Eingebettet in dieses Thema war auch die Beteiligung der DKP an verschiedenen Aktionen, die in den letzten beiden Jahren stattgefunden haben. Beispielhaft seien hier erwähnt die Solidaritätserklärung gegenüber den Beschäftigten der Gusswerke Saarbrücken (ehemals Halberg Guss), als die Gusswerke im Dezember 2019 in die Insolvenz getrieben wurden und die letzten 400 Beschäftigten ihre Kündigung erhielten, aber auch die Aktionstage der IG Metall in Saarlouis, Neunkirchen und Völklingen im letzten Jahr.

Sicherlich wäre mehr möglich gewesen, wenn es normale Jahre gewesen wären. Aber, Ihr wisst es alle, im März 2020 haben sich unsere Möglichkeiten durch Corona und die Bedingungen zum politischen Diskutieren und Eingreifen massiv verändert. Dadurch waren auch unsere Bezirksorganisation, die Gruppen und der Bezirksvorstand vor ganz neue Herausforderungen gestellt.

Für den Bezirksvorstand war von Beginn der Pandemie an klar, dass wir irgendwie versuchen müssen, weiter kollektive Diskussionen zu ermöglichen. Als Bezirksvorstand haben wir uns teilweise wöchentlich per Video- und Telefonkonferenzen ausgetauscht, die Situation diskutiert und versucht, innerhalb unserer Partei und bei befreundeten Menschen und Organisationen inhaltlich zu wirken. In diesem Zusammenhang möchte ich an die Rubrik „Wortmeldungen zu Corona“ auf unserer Internetseite erinnern, die wir ins Leben gerufen haben, um dem inhaltlichen Mainstream zu diesem Thema unsere Positionen als Kommunisten entgegenzusetzen. Nicht individuelle Lösungen oder nur auf dem Rücken der arbeitenden Menschen ausgetragenen Maßnahmen sind zur Bekämpfung der Pandemie erforderlich, sondern solidarische Krisenlösungen. Daher war für uns klar, dass wir nicht nur mit den Wortmeldungen uns zu Wort melden wollen, sondern dass auch Aktionen wichtig sind, um auf solidarische Lösungen und das Versagen der Regierung im Land und Bund aufmerksam zu machen.

Dazu gehörte, dass wir als DKP großen Anteil daran hatten, dass es zu einem Personenbündnis unter anderem mit mehreren Gewerkschaftsvertreter*innen kam, die für eine solidarische Lösung der Pandemie aktiv waren. Dieses Bündnis organisierte mehrere Aktionen vor der Staatskanzlei und in der

Saarbrücker Innenstadt, unter anderem mit einem noch größeren Bündnis, zu dem auch viele jüngere Menschen aus dem Spektrum Solid, Antifa und Connact Saar gehörten. Ebenso zählte dazu eine grenzübergreifende Aktion mit den Linken, der Kommunistische Partei Frankreich Moselle, die Europäische Linkspartei und der Linksjugend Solid zur Unterstützung der Europäische Bürgerinitiative unter dem Motto „Kein Profit mit der Pandemie“.

Wir haben auch direkt zu Beginn der Pandemie reagiert, als es die ersten Gegenproteste zu Corona-Maßnahmen gab. Bereits im Frühjahr 2020 haben wir verhindert, dass sich wöchentlich am Staatstheater Coronaleugner, Esoteriker und Rechtsradikale treffen. Die damals verantwortliche Person für die Anti-Corona-Aktionen, Marion Ritz-Valentin, verzichtete nach unseren Gegenaktionen darauf, weitere Kundgebungen anzumelden. Ein Grund für ihren Rückzug war für sie, dass Thomas Hagenhofer eine „gefährliche Person“ sei. Genau wie heute wurde vor 2 Jahren behauptet, man wisse nichts von Rechtsradikalen und Neonazis, die sich an diesen Aktionen beteiligen. Rainer hat in seinem Beitrag mit diesem Thema beschäftigt. Vor 2 Jahren aber auch heute sollten wir ganz deutlich sagen, dass man mit Nazis keine gemeinsamen Sachen macht und nicht mit ihnen sonntags spazieren geht.

Auch wenn es uns als Bezirksvorstand gelungen ist, während der Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen weiter in der Diskussion zu bleiben und inhaltliche Beiträge zu den aktuellen Fragen zu entwickeln, so war es für die Gruppen im Bezirk eine harte Zeit und es hat die Eingreifmöglichkeiten der Gruppen noch weiter reduziert. Vorher schon oftmals nicht sehr aktive Gruppen wurden noch passiver und es fanden keine Treffen mehr statt.

Die Gruppe Saarbrücken hat es geschafft, mehr oder weniger regelmäßig im Austausch zu bleiben, in dem zahlreiche Gruppentreffen online bzw. per Telefon stattgefunden haben. Saarbrücken war hier aber eine Ausnahme im Bezirk. In den anderen Gruppen gab es quasi gar keine Gruppentreffen mehr. Die Kontakte wurden über das Engagement einzelner in Form von Besuchen oder Telefonaten gehalten. Ein tolles Engagement, aber keine gute Grundlage, um sich mit unseren Positionen kollektiv auseinanderzusetzen und Politik aktiv zu gestalten.

Nichtsdestotrotz gab es verschiedene Bereiche, die ganz wesentlich mit zu unserem Selbstverständnis als Kommunistinnen und Kommunisten zählen und in denen wir trotz Pandemie und Einschränkungen aktiv waren und nach außen gegangen sind, nämlich z.B. in den Bereichen Frieden, Antifaschismus, Internationaler Frauentag oder Positionierungen zum Bundestagswahlkampf.

Lasst mich schlaglichtartig zu diesen Themenfeldern einige unserer Aktivitäten benennen:

Im Bereich Frieden die Teilnahme am Online-Ostermarsch 2020 und dem Präsenz-Ostermarsch 2021, ein Infotisch beim Friedensfest letzten Sommer im Bürgerpark und aktuell natürlich die Teilnahme an Aktionen gegen den Ukraine-Krieg.

Thema Antifaschismus: Aktionen zum 8.Mai, dem Jahrestag der Befreiung vom Faschismus u.a. mit einer Internationalen Kundgebung gemeinsam mit der Linken, der KPL und KPF, eine Veranstaltung zum 120. Geburtstag der kommunistischen Künstlerin Cora Eppstein oder Solidaritätsaktionen gegen die Aberkennung der Gemeinnützigkeit der VVN-BdA. Hierbei haben wir unter anderem daran mitgewirkt, dass sich auch der Landesjugendring Saar gegen diese Aberkennung richtet und sich solidarisch mit der VVN erklärt hat. Als antifaschistische Aktion ist auch die Verhinderung weiterer Corona-Leugner Aktionen im Frühjahr 2020 zu werten.

Unsere letzte Präsenzveranstaltung 2020 war unsere Veranstaltung zum Internationalen Frauentag mit dem Titel „Chile steht auf“, im letzten Jahr und in diesem Jahr haben wir zum Internationalen

Frauentag Online-Veranstaltungen durchgeführt, im letzten Jahr mit über 50 Teilnehmern beim Film "Wo der Himmel aufgeht – Esther Bejarano und Microphone Mafia in Kuba". Der Versuch des Saarrücker OBs Conrad uns im Frauenforum zu diskreditieren und unsere Veranstaltungen nicht im Programmheft der Stadt Saarbrücken zu veröffentlichen konnte eindrucksvoll abgewehrt werden. Alle Organisationen des Frauenforums, bis hin zur Frauenunion, haben sich gegen diese Ausgrenzung der DKP ausgesprochen.

Auch wenn wir nicht selbst mit einer Landesliste zur Bundestagswahl letztes Jahr angetreten sind, haben wir uns im Rahmen unserer Möglichkeiten inhaltlich und aktionsmäßig in den Bundestagswahlkampf eingemischt. Hierzu zählten Plakatierungen, v.a. im Regionalverband Saarbrücken, Infotische, eine Diskussionsrunde mit dem Direktkandidaten der DKP Trier/Saarburg zum Thema "Gesundheit als Ware? Das ist doch krank! Pflegenotstand beenden!" sowie die Verteilung von 7.500 Exemplare des Saarland-Reports zur Bundestagswahl vor Betrieben und in Wohngebieten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

bereits bevor der PV die Kampagne „Energiepreisstopp jetzt“ beschlossen hatte, hatten wir selbst für den Bezirk eine Kampagne entwickelt, in dem es um das Thema Umbau geht.

In dem Aufruf zur Kampagne heißt es: „Inzwischen hat sich die ökologische Krise zu einer Klimakrise verschärft und der Klimawandel bedroht die Lebensbedingungen eines großen Teils der Menschheit. Ursache dieser Entwicklung ist die kapitalistische Produktionsweise und hauptverantwortlich sind die kapitalistischen Großkonzerne. Der sozial-ökologische Umbau der globalen Wirtschaft ist zu einer Überlebensfrage geworden....

Auch im Saarland werden die Beschäftigten in Industriebetrieben erpresst. Sie sollen Verzicht üben und somit den Umbau selbst bezahlen, sie werden gegen andere Standorte ausgespielt. Konzerne pressen gerade in der Verbrennertechnik noch so viel Profit aus ihren Belegschaften, wie sie können – anschließend droht die Schließung, weil kaum neue Produktlinien aufgebaut werden. Gleichzeitig werden die Kosten der Corona-Krise auf die Bevölkerung abgewälzt. Die Preissteigerungen für Wohnen, Treibstoffe und Lebensmittel treffen vor allem die unteren Einkommensschichten.“

Unsere Kampagne haben wir nie als Gegensatz zu der Kampagne des PV verstanden, wir sind aber der Meinung, dass gerade auch vor dem Hintergrund der Entwicklungen im Saarland nicht nur ein Energiepreis-Stopp diskutiert werden muss, sondern der Umbau in unserem Bundesland, damit die Beschäftigten hier weiter eine Perspektive habe.

Das Thema Energiepreise hat nun nochmal eine neue Brisanz erhalten. Bereits vor dem Krieg sind die Energiepreise, aber auch die für Lebensmittel für viele Teile der Arbeiterklasse unerträglich gestiegen – in Kriegszeiten kennt die Spekulation kein Halten mehr. Die Äußerung des ehemaligen Bundespräsident Gauck „Wir können auch mal frieren für die Freiheit“ ist an Dreistigkeit kaum zu überbieten. Er steht nicht vor der Frage, ob er die Heiz- und Stromkosten zahlt oder Lebensmittel kauft. Genauso wenig wie Tobias Hans mit seinem populistischen Tankstellen-Video. Für ihn stellt sich nicht die Frage, wie er das Tanken zahlen soll. Obwohl die Öl-Preise wieder deutlich gesunken sind, bleiben die Tankstellen-Preise weiter extrem hoch. Den Ölkonzernen ist jedes Mittel Recht, um möglichst hohe Gewinne einzufahren, ebenso wie den Energie-Unternehmen, die Energielieferverträge aufkündigen und somit tausende Menschen dazu nötigen, teure Grundversorgungstarife abzuschließen.

Die Antworten der Politik auf diese Situation sind so verlogen wie gefährlich. Statt aus Russland, von dem man ja unabhängig werden will, werden wir zukünftig mehr Flüssiggas aus Katar beziehen. Unbedingt ein Land der Demokratie und guten Arbeitsbedingungen. Man diskutiert offen,

Atomenergie länger zu nutzen, ebenso wie die Energieerzeugung aus fossilen Brennstoffen, insbesondere Kohle. Als wenn so der Klimawandel aufgehalten oder gegengesteuert werden könnte.

Unsere Kampagne ist leider nicht so angelaufen, wie wir uns das erhofft hatten. Ganz im Gegenteil. Aber gerade jetzt ist diese Kampagne wichtiger denn je. Lasst uns also weiter für eine Senkung der Energiepreise und einen sozial-ökologischen Umbau im Saarland werben. Der Energiesektor gehört wie das Gesundheitswesen vergesellschaftet. Lasst uns diese Konferenz nutzen, um danach in den Gruppen und Kreisen die Kampagne bekannter zu machen und Unterstützer*innen für die Kampagne zu gewinnen